

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint verhaft 16 Uhr. Verkaufspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Bestellungen 1,50 RM. zuzüglich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf. Alle Anzeigen, Kleinanzeigen, Inserate, untere Rubriken u. dergleichen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigenannahme nur für die nächsten 10 Tage. — Bei Rückfragen über die Bedingungen des Verkaufspreises. Rückmeldung einpraktischer Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wilsdruff ist ein aufstrebendes Industrie- u. Handelszentrum. — Anzeigenannahme nur für die nächsten 10 Tage. — Bei Rückfragen über die Bedingungen des Verkaufspreises. Rückmeldung einpraktischer Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Bekanntmachungen des Landrates zu Reichen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 15 — 99. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 18. Januar 1940

Bemerkungen zum Tage

USA und die Neutralität.

Die englische Antwortnote an Washington in der Frage der Dreimächtezone ist ein Musterstück britischer Arroganz und britischen Hohns. Die jetzt in Rio de Janeiro versammelten amerikanischen Staaten werden Gelegenheit haben, an Hand dieser Note Englands Einstellung zur Haltung neutraler Staaten studieren zu können. Die britische Note sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß England erwartet, daß die 21 panamerikanischen Staaten sich vorurteilslos zur Unterstützung Englands bereitfinden und den englischen Piraten dabei behilflich sind, Deutschland zu vernichten. Als Gegengabe für diese Hilfeleistung würde sich England gegebenenfalls bereitfinden, die panamerikanische Neutralitätszone wenigstens formell anzuerkennen. In dieser Note Englands drückt sich wiederum in ganz krasser Weise das britische Bestreben aus, die Weltmeere zu beherrschen. Um diese Herrschaft vollkommen zu machen, soll auch die amerikanische Küste in die britische Herrschaftszone miteinbezogen werden. So glaubt England, den Bemühungen der Vereinigten Staaten, selbst seine Herrschaft auf den Meeren auszuweiten, entgegenzutreten zu können. Die englische Note, die sich in offenem Jynismus über alle Völkervertragsbestimmungen hinwegsetzt, ist in einer Form abgefaßt, die die souveräne Ehre der panamerikanischen Staaten geradezu beleidigen muß. Vielleicht aber weiß man in London, welchen Ton man Amerika zumuten kann. Bisher sind ja die Briten in ihren Methoden der Kriegführung von Amerika kaum behindert worden. Aus diesen Tatsachen zieht London jetzt scheinbar die Konsequenz und magt, den amerikanischen Staaten Zumutungen zu stellen, die souveräne Staaten sich nicht bieten lassen könnten.

Die Regierungsumbildung in Tokio

Die Ablösung des Kabinetts Abe durch ein Kabinett Jonai in Tokio zeigt die Schwierigkeiten auf, mit denen Japan zu kämpfen hat. Die zurückgetretene Regierung hat viele Fragen angepackt, aber keine zum endgültigen Ergebnis geführt. Die Chinafrage ist weiter in der Schwebe, und der von Amerika geforderte Handelsvertrag läuft am 26. Januar ab, ohne daß eine Grundlage gefunden wäre, auf der das Verhältnis USA-Japan eine Entspannung erfahren könnte. Ministerpräsident Abe glaubte, sich durch Zeitgeschändnisse die Gunst Amerikas erkaufen zu können, hat aber festgestellt, daß diese Jugendsünden, wie z. B. die Freigabe der Schifffahrt auf dem Yangtse, keinerlei Auswirkungen auf die amerikanisch-japanischen Beziehungen gehabt hat. Der Regierung Jonai ist als erste große Aufgabe die Auseinandersetzung mit Amerika gestellt. In welcher Form das geschieht, läßt sich nicht voraussagen. Der weitere Verlauf der japanisch-russischen Verhandlungen, die auch von dem neuen Kabinett weiter gefördert werden, wird dabei bestimmend mitwirken. Von der Verständigung mit Rußland hängt schließlich auch die dritte Frage ab, nämlich die Frage der Neuordnung in China, wo durch Unterdrückung Wangtschingweils sich gewisse Anzeichen für die Bildung einer neuen chinesischen Zentralregierung erkennen lassen. In den Schwierigkeiten außenpolitischer Natur kommen große innen- und wirtschaftspolitische Schwierigkeiten, die eine Sammlung aller Kräfte notwendig machen, um den großen Entscheidungen, vor denen Japan steht, erfolgreich zu begegnen.

Belgrad und Kragan

Der Besuch, den Prinzregent Paul von Jugoslawien zur Zeit der kroatischen Hauptstadt Kragan absetzt, scheint einen Wendepunkt in der inneren Entwicklung Jugoslawiens einzuleiten. Prinz Paul fühlt sich als Vollstrecker des Erbeshönig Alexanders und hat von Anfang an alle Bemühungen darangelegt, Jugoslawien zu einem geschlossenen Staatswesen zu machen, zu einem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“. Bisher war es nicht gelungen, die Kroaten zur Mitarbeit zu gewinnen, bis auf kurze Zwischenperioden haben sich die Kroaten jeder Parlamentsarbeit ferngehalten und sind auch durch die politischen und wirtschaftlichen Erfolge Jugoslawiens nicht zur Mitarbeit zu bewegen gewesen. Nachdem nunmehr Belgrad zu dem Kronprinzenführer Dr. Raissch in bessere Beziehungen getreten ist, scheint der Besuch des Prinzregenten bei dem Kronprinzenführer die endgültige Ausöhnung dokumentieren zu lassen. Nach dem Empfang, der dem Prinzregentenpaar in Kragan zuteil wurde, scheint es, als wenn die Kroaten nunmehr bereit wären, ihre Oppositionsstellung aufzugeben, nachdem man ihnen eine territoriale Autonomie im Rahmen des Gesamtstaates jubeilligt hat. Vielleicht gelangt es dem Prinzregenten, im nächsten Jahre, dem jungen König Peter ein geeinigtes Königreich als Kronengabe am Tage der Großjährigkeit zu übergeben. Damit würde die innere Stärke Jugoslawiens erheblich gewinnen, und das jugoslawische Königreich würde auch in außenpolitischer Hinsicht seine Schlüsselstellung auf dem Balkan fest untermanern.

Auch das Kriegs-WP ist eine Schlacht, die siegreich geschlagen wer. ...

Churchills seltsame Bechsträhne

Geheimnisvolle Brände und Havarien

Die britische Handelsflotte ist, wenn man den Londoner Meldungen den ihnen gebührenden Glauben schenkt, von einem seltsamen Mißgeschick verfolgt. Nachdem in letzter Zeit auffallend viele Dampfer auf geheimnisvolle Weise versunken oder mit anderen Schiffen zusammenstießen, sind jetzt nicht minder geheimnisvolle Brände die große „Churchill“-Tage geworden.

So berichtet am Dienstag das amtliche englische Neutervito, daß an der englischen Südweltküste auf einem Tankdampfer Feuer ausgebrochen sei. Der Dampfer sei in zwei Teile zerbrochen. Der Tankdampfer konnte nicht identifiziert werden; aber er habe aufsteigend 10000 BRT. Wasser verdrängt. Diese Behauptung erhebt in einem seltsamen Licht, wenn man berücksichtigt, daß gerade in diesen Tagen die britische Admiralität mit allem Nachdruck die „maklos übertriebenen deutschen Behauptungen“ über die Versenkung britischer Tankdampfer dementiert hat — so daß man nach einem Nachdenken sich offenbar in London entschlossen hat, den erneuten schweren Verlust auf „Feuer“ zurückzuführen.

Ferner ist einer der neuesten britischen Handelsdampfer, der 265 BRT. große „Prince“, aus „bisher ungeklärten Gründen“ mardrierunfähig geworden, so daß er von einem anderen britischen Dampfer in einen südamerikanischen Hafen abgeschleppt werden mußte.

„Strandung“ und „Zusammenstoß“

Holländischen Wittermeldungen zufolge ist der englische Frachtdampfer „Stanlaka“ (1800 BRT.) an der englischen Küste nördlich von Rotterdam „gestrandet“.

Der englische Dampfer „Pynehome“ (625 BRT.), der den Verkehr zwischen Rotterdam und Sunderland aufrecht erhält, ist nach einem angeblichen „Zusammenstoß“ untergegangen. Vier Besatzungsmitglieder fanden hierbei den Tod.

Zur Abwechslung mal ein Korallenriff

Wie aus Darwin (Australien) gemeldet wird, ist der britische Passagierdampfer „Merlu“ (2952 BRT.), der sich auf der Fahrt von Singapur nach Melbourne befand, an der nordaustralischen Küste auf ein Korallenriff aufgelaufen. Es befanden sich 90 Passagiere an Bord. Andere Dampfer eilten zur Hilfeleistung herbei.

Kein neutraler Schiffsraum für England

Die Frachtmärkteberichte der englischen Presse zeigen, daß neutrale Tonnage nach wie vor kaum angeboten wird, und daß die neutralen Länder in der Englandfahrt auch weiterhin größte Zurückhaltung üben. Dieser Zustand hat naturgemäß starke Auswirkungen auf die britischen Ausfuhr, besonders auf die Kohlenausfuhr. So heißt es z. B. in einer Meldung über den Kohlenmarkt in Newcastle: Die Schiffsfahrtslage blieb der bestimmende Faktor in der britischen Kohlenausfuhr. Aufträge waren genügend vorhanden, um die Forderungen abzunehmen, aber die verfügbare Tonnage war nicht genügend, um ein leistungsfähiges Geschäft zu ermöglichen. Die Käufer war es in den letzten Fällen möglich, Schiffe zu buchen.

Die britischen Reeder haben sich auch mit der Beschlagnahme der gesamten britischen Handelsflotte durch die britische Regierung noch nicht abfinden können. Insbesondere sind es die vom britischen Schiffsahrtsministerium festgesetzten Frachtsätze, die ihren Unwillen erregen, da die neutrale Schifffahrt für gleiche Dienste weit besser bezahlt wird.

Tonnagemangel in England

Die Frachtmärkteberichte der englischen Presse zeigen, daß neutrale Tonnage nach wie vor kaum angeboten wird, und daß die neutralen Länder in der Englandfahrt auch weiterhin größte Zurückhaltung üben. Dieser Zustand hat naturgemäß starke Auswirkungen auf die britischen Ausfuhr, besonders auf die Kohlenausfuhr. So heißt es z. B. in einer Meldung über den Kohlenmarkt in Newcastle: Die Schiffsfahrtslage blieb der bestimmende Faktor in der britischen Kohlenausfuhr. Aufträge waren genügend vorhanden, um die Forderungen abzunehmen, aber die verfügbare Tonnage war nicht genügend, um ein leistungsfähiges Geschäft zu ermöglichen. Die Käufer war es in den letzten Fällen möglich, Schiffe zu buchen.

Die britischen Reeder haben sich auch mit der Beschlagnahme der gesamten britischen Handelsflotte durch die britische Regierung noch nicht abfinden können. Insbesondere sind es die vom britischen Schiffsahrtsministerium festgesetzten Frachtsätze, die ihren Unwillen erregen, da die neutrale Schifffahrt für gleiche Dienste weit besser bezahlt wird.

Betretenes Schweigen in USA.

Englands traffe Zurückweisung der Neutralitätszone

Während die englische Zurückweisung der panamerikanischen Neutralitätszone bislang in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur betretenes Stillschweigen amischer Stellen auslöste und das USA-Staatsdepartement einen offiziellen Kommentar vorerst ablehnte, wurde von eingeweihten Kreisen vorausgesehen, daß der in Rio de Janeiro tagende interamerikanische Neutralitätsausschuß trotz englischen Widerstandes alles unternehmen werde, um die Sicherheitszone praktisch wirksam zu machen.

Ein Beamter des USA-Staatsdepartements wies das englische Argument zurück, daß die Neutralitätszone England zwingen würde, auf gewisse Völkerverträge zu verzichten, mit der Bemerkung, die amerikanischen Republiken hätten nicht versucht, eine Sicherheitszone auf völkerverrechtlicher Grundlage zu beanspruchen. Die Montevideoform sei völkerverrechtlich auch nicht haltbarer gewesen.

Bei der Eröffnung der interamerikanischen Konferenz in Rio de Janeiro erklärte Präsident Vargas, daß eine Sicherheitszone für den amerikanischen Kontinent eine unbedingte Notwendigkeit bedeute, um die amerikanischen Seeverbindungen vor der Entfremdung durch unvorhergesehene Ereignisse frei zu halten.

Armes kleines Mädchen!

Das französische Volk weiß heute noch nicht so recht, wie es eigentlich in den neuen Krieg mit Deutschland hineingeschlittert ist. Wie die amtlichen deutschen Auslassungen zum französischen Selbstbuch zeigen, ist die Zeit noch gar nicht so fern, wo es in Frankreich Leute gab, die meinten, man könne mit dem deutschen Nachbarn ganz gut in Frieden leben, sofern man sich endlich abgewöhne, die deutschen Kreise zu fürchten. Das französische Volk hat sicherlich größeres Interesse daran, friedlich zu arbeiten, und der französische Rentner sieht in ruhigen Friedenszeiten sicher bessere Gewerbe für gute Verzinsung seines kleinen Vermögens als im Kriege. Aber die Regierung des demokratischen Frankreichs kümmert sich wenig um die Sehnsüchte und die Wünsche des Volkes. Dafür legt sie um so mehr Wert darauf, eine demokratische Regierung zu sein. So kam es denn, daß die Kriegstreiberclique in Paris, die immer gute Beziehungen zu den Emigranten und dem Weltjudentum unterhält, die Tür nach Deutschland zuschob und sich von den englischen Kriegstreibern völlig ins Schlepptau nehmen ließ.

Daladier hat sein Ziel erreicht. Die französische Nation steht wieder im Kriege gegen Deutschland. Nur das eine hat der Ministerpräsident nicht erreichen können trotz schärfster Polizeimaßnahmen, nämlich, daß der Durchschnittsfranzose mit ihm gleicher Meinung über diesen Krieg ist. Er sieht, wie Frankreichs Regierung die Selbständigkeit Stück für Stück aufgibt und sich ganz zum Vasallen Londons macht. Er spürt die Auswirkungen des Krieges, die vielen Algeraiern geben ihm auf die Nerven, und der Volk, der sich dem unannehmbaren deutschen Westwall gegenüberüberläßt, kann auch nichts zur Stärkung der Kriegsstimmung in Frankreich beitragen. So macht denn der sogenannte „Defaitismus“ den französischen Behörden immer mehr Kopfschmerzen. Die Gerichte sind überlastet mit Prozessen gegen die Defaitisten, d. h. gegen solche Leute, die ihre Zweifel an dem Sinn und dem Erfolg dieses Krieges gegen Deutschland offen auszusprechen wagen. Jeden Tag schleppen Daladiers Schergen neue Opfer vor den Richter. Jeder Franzose fühlt sich bedrückt, und wehe dem, der es wagt, trotz der angedrohten schweren Strafen seine eigene Meinung über den Krieg zu äußern. Dem kann es so gehen wie jenem jungen Mädchen, das zur Erholung aufs Land fuhr und dabei arglos im Laufe eines Gesprächs so hinterredete, daß es an einen Sieg Frankreichs nicht glauben konnte. Dieser Zweifel hat dem armen Mädchen sechs Monate Gefängnis eingebracht. Die Regierung Daladier sieht in einem solchen Zweifel eines ahnungslosen Mädchens eine schwere Gefahr und ist entschlossen, dieser Gefahr mit allen Mitteln zu begegnen. Vergeblich wird sich das Mädchen in den sechs Monaten seiner Haft fragen, worin denn seine schwere Schuld besteht.

Es muß schlecht bestellt sein um Daladiers Vertrauen in die Zukunft, wenn er Defaitistenverfolgungen anstellen läßt. Es wird ihm doch nicht gelingen, die Zweifel aus dem Volke zu reißen, aber er wird vermutlich auch nicht einsehen, daß diese armen Franzosen, die er in den Krieg gedrückt hat, Grund zum Fragen und Zweifeln haben.

Was nützen die Klagen der englischen Gewerkschaften?

Das ständige Anheizen der Presse in England hat wieder einmal die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Der Generalrat der Gewerkschaften forderte eine schärfere Preiskontrolle und Überwachung der Kriegsgewinne, „damit die inflationistische Schraube ohne Ende vermindert werde“. Noch lächerlicher seien alle Steuererlässe erschöpft und eine „Gleich des Opfers“ sei noch nicht in Sicht. Bei der bisherigen Haltung der englischen Gewerkschaften, die den Krieg der Plutokratie unbedenken mitmachen, ist allerdings nicht zu erwarten, daß derart theoretisch vorgetragene Forderungen bei den Geldsäcken der City und ihren Vertretern in der Regierung irgendwelchen Eindruck machen werden.

Die indischen Unruhen dauern an

In den schweren Unruhen in Burhanpur (Indien) wird weiter gemeldet, daß es erneut zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Moslems kam. Von der englischen Polizei, die mit größter Brutalität gegen die Eingeborenen vorging, wurde wieder scharf in die Menge geschossen, wobei ein Moslem getötet wurde und zwölf Verletzungen erlitten. Sieben Polizeibeamte trugen ebenfalls Verletzungen davon. Die Unruhen dauern noch immer an.

Franzosen beschießen luxemburgischen Grenzort

Der luxemburgische Grenzort Schengen, der bereits am Sonntag von drei Granaten getroffen wurde, mußte wieder einen wahren Spitterregen über sich ergehen lassen. Wieder begann die französische Artillerie, mörderisch zu schießen, wobei nach Meldungen aus Luxemburg eine ganze Reihe von Geschossen auf luxemburgisches Gebiet fiel. Mehrere Häuser von Schengen seien hierbei von Granatplätzen überfallen worden, so daß die Einwohner flüchten mußten.